Nr. 43 XXVIII. Jahrgang

Sonnabend, 14. Februar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 22 mm breit, M. 1.50, für das Ausland M. 2.—, Reklamezeile, 62 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 6.—. Bei Ziffern- oder Buchstabenschrift 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Grundpreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 30 Pf. Preiserhöhung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Bestellung in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Bestellung im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 50 Pf.

Die erste Volksabstimmung

Von unserm in das Abstimmungsgebiet entsandten Sonderberichterstatter

Flensburg, 11. Februar

Der lange, mit Spannung erwartete Tag, an dem das Schicksal Nordschleswigs sich entscheiden sollte, ist vorüber. Die Volksabstimmung in der nördlichsten schleswigschen Zone, die erste der durch den Versailler Frieden festgesetzte Probe auf das sogenannte Selbstbestimmungsrecht, hat stattgefunden. Zum ersten Male sahen Deutsche sich gezwungen, mit dem Stimmzettel die angestammte Heimat zu verteidigen. Sie sind in diesem Kampfe, wie vorauszusehen war, in Ehren unterlegen. Das durch die internationale Kommission festgestellte Ergebnis der Abstimmung ist in diesem Augenblick zwar noch nicht ganz bekannt, aber an dem Sieg der Dänen ist nicht mehr zu zweifeln. Nach den bisherigen Zusammenstellungen beläuft sich die Zahl der deutschen Stimmen auf 25 000 gegen rund 75 000 dänische. Da die Gesamtzahl der Abstimmungsberechtigten 109 745 beträgt, so haben weit über 90 Prozent von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht, und die Deutschen haben von den abgegebenen Stimmen ungefähr ein Viertel, die Dänen aber Dreiviertel erhalten. Dieses Ergebnis entspricht ungefähr dem, was sundiage, von übertriebenem Optimismus freie Beurteiler der Lage erwartet hatten. Man darf ohne Uebertreibung sagen, daß die Deutschen in diesem nördlichsten Teile Schleswigs die Probe auf ihr Volkstum nicht unrühmlich bestanden haben, so unbestreitbar auch der Sieg der Dänen ist. Aber die Deutschen kämpften von vornherein auf verlorenem Posten. Das Dänentum war übermächtig nicht nur an Zahl der Menschen, sondern auch an Hilfsmitteln. Man darf bei der Bewertung des Abstimmungsergebnisses nicht vergessen, daß die Deutschen in der ersten Zone ursprünglich überhaupt nicht hatten abstimmen wollen. Das wäre allerdings ein schwerer Fehler gewesen, denn dort oben verteidigen sie Flensburg und die zweite Zone, und der Kampf um dieses heißumstrittene Ziel wird den Dänen dadurch stark erschwert.

Die Dänen wußten das von vornherein. Sie haben jetzt auch eine Hinausschiebung des Abstimmungstermins für die zweite Zone beantragt, und die Kommission wird ihrem Wunsche vermutlich auch stattgeben. Man weiß aus den früheren Aufläßen, mit welchem Hochdruck die Dänenpartei gearbeitet hat, um die Deutschen Nordschleswigs ihrem Volkstum abtrünnig zu machen, welche Verführungskünste angewendet worden sind und welche Drohungen auf der andern Seite, um die Abstimmung zu beeinflussen. Noch am Abstimmungstage selbst hat man in mehreren Städten wieder sehen können, wie das französische Militär seine angebliche Aufgabe, die Freiheit des Selbstbestimmungsrechtes zu sichern, in brutale Verhöhnung des deutschen Rechtes verkehrte. Wenn die Deutschen in der ersten Zone trotzdem eine verhältnismäßig ansehnliche Ziffer erreichten, so kann man mit Recht daraus frische Hoffnung schöpfen, Hoffnung auf ein neuerstarkendes Nationalgefühl im allgemeinen und auf einen günstigen Verlauf der bevorstehenden weiteren Volksabstimmungen im Reiche. Wer am Abstimmungstage mit angesehen hat, wie sich vor allem in den Städten die Stimmberechtigten drängten, wie sie oft noch aus weiter Ferne herbeikamen, aus Thüringen und Sachsen, aus Ostpreußen, das selbst so hart bedroht ist, und vom deutschen Süden, um in der alten Heimat für Deutschland zu zeugen, wer es erlebte, wie Greise oder Kranke, Männer und Frauen, keine Strapazen scheuten, um ihr Stimmrecht auszuüben, der wird diese erhebenden Eindrücke nicht so bald vergessen.

Was die Ergebnisse im einzelnen betrifft, so konnte die gewaltige Mehrheit der Dänen im Kreise Hadersleben niemand überraschen, denn der nördlichste Teil Schleswigs ist, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, immer dänisch gesinnt gewesen, und der preußische Landtag hat bei den demokratischen Bauern dieser Gegend nirgends moralische Eroberungen gemacht. Das gilt auch von dem Landkreise Sonderburg wie von Alsen und dem platten Lande um Apenrade.

Dagegen hat das Deutschtum in den Städten zum Teil sogar überraschende Erfolge aufzuweisen, und zwar nicht nur in Tondern, denn dort hatte man nichts anderes erwartet, sondern auch in den drei andern größeren Städten der Zone. War in Hadersleben beispielsweise noch am Tage vor der Abstimmung dänische Hochflut, so hatte gestern das selbst für hiesige Verhältnisse außerordentlich schauderhafte Wetter im Verein mit dem für den Abstimmungstag ausgesprochenen Alkoholverbot die Beteiligung der annektionslüsternen Alten stark beeinträchtigt. Daß die Deutschen Hadersleben eine so stattliche Minderheit aufbringen würden — weit über die Hälfte der Stimmberechtigten — das hatte man nach der lärmenden dänischen Agitation wohl kaum erwartet. Noch überraschender ist das Ergebnis in Sonderburg und Apenrade, wo die Deutschen ansehnliche Ziffern erreichten. Besonders erhebend verlief die Abstimmung der Sonderburger Deutschen. Sonderburg liegt auf der Insel Alsen, unmittelbar gegenüber der alten Stellungen von Düppel. Der Alsensund, über den noch heute eine Pontonbrücke führt, die die Stadt mit dem Festlande verbindet, die alte Düppeler Mühle und die Schanzen mit dem Düppel-Denkmal sind Namen, die für immer in die Geschichte Preußens und somit auch Deutschlands eingegraben sind. Der Gedanke, daß diese Stätten samt der stark dänisch gesinnten Insel Alsen an Dänemark übergehen sollen, ist schmerzlich, und man entschließt sich schwer, die Hoffnung, daß sie doch noch bei Deutschland bleiben werden, zu begraben. Für alle Fälle hat übrigens ein patriotischer Deutscher, der Amtsrichter Herold, die Düppler Schanzen mit dem Denkmal in Privatbesitz erworben, so daß diese Erinnerungsstätte dem Zutritt und der Zerstörungssucht der Dänen hoffentlich entzogen bleiben wird.

In dem alten Kriegshafen, in dem einst in der Regel einige der deutschen Kreuzer lagen, liegen jetzt fremde Schiffe; in aller Morgenfrühe sind zwei große dänische Dampfer angekommen, „Kjöbenhavn" und „Kong Haakon", letzteres das bekannte Weihnachtsschiff, das den Flensburgern Speck und Schokolade gebracht hatte. Sie hatten diesmal dänische Gäste an Bord, die sich nach den alten preußischen Ruhmesstätten drängten, in der sicheren Erwartung, daß sie durch die Abstimmung wieder dänisch werden würden.

Noch wehten am Abstimmungstage die deutschen Fahnen über der Stadt. Die alten winkeligen Gassen am Sund waren reich beflaggt, nicht minder die neuen Straßen. Der Sturm fegte durch die Gassen und rüttelte an den Giebeln, die regenfeuchten Fahnentücher gegen die Stangen klatschend, aber der Abstimmung tat das keinen Abbruch. Die Stimmberechtigten drängten schon am frühen Morgen durch die Straßen — die Deutschen in dem Bewußtsein, hier zum letzten Male für die deutsche Heimat einzutreten, die Dänen in der Rolle des Siegers, der seine triumphierende Freude nur schwer verbergen konnte.

Die Abstimmung selbst vollzog sich im allgemeinen in der gleichen Weise wie die Reichstagswahlen. Die amtlichen Stimmzettel, die angeblich allein gültig sein sollten, trugen untereinandergesetzt entweder die Worte „Deutschland" (Tyskland) oder „Dänemark" (Danmark). Zu ihrer großen Enttäuschung mußten manche Stimmberechtigten erfahren, daß sie nicht in der Liste standen, weil entweder ihr Name falsch eingetragen oder ihre Papiere nicht rechtzeitig zur Stelle gewesen waren. So ging es beispielsweise in Apenrade drei Personen aus Sachsen; sie hatten die weite Reise umsonst gemacht und mußten traurig wieder umkehren.

Hier in Flensburg hat das Bekanntwerden des Ergebnisses der Abstimmung in den Morgenstunden begreiflicherweise große Erregung hervorgerufen. Man drängte sich um die Extrablätter, und auf den Straßen bildeten sich Gruppen von solchen Leuten, die das Ergebnis lebhaft besprachen. „Flensburg kriegen sie nicht", hörte man immer wieder. Möge das Wort zur Wahrheit werden! Aber auch über die erste Zone ist mit dieser Abstimmung das letzte Wort schwerlich gesprochen. Man darf wohl jetzt mit großer Gewißheit hoffen, daß auch Tondern und der südliche Gürtel der ersten Zone deutsch bleiben!

Konrad Pohl.

•

× **Flensburg**, 12. Februar. Das Pressebureau der Internationalen Kommission für Nordschleswig macht bekannt, daß auf Grund einer Nachprüfung bei der Abstimmung in der ersten Zone insgesamt 100 382 Stimmen abgegeben wurden, und zwar 75 151 für Dänemark und 25 231 für Deutschland.

Das Verhalten der Besatzungstruppen

+ **Berlin**, 13. Februar. (Eig. Drahtbericht)

Wie wir von wohlunterrichteter Seite erfahren, hat sich das Benehmen der interalliierten Besatzungstruppen im Osten, die vordem eine durchaus loyale Haltung einnahmen, in den letzten Tagen sehr geändert. Der Bevölkerung hat sich eine sehr starke Erregung bemächtigt, da die Entente-Truppen bei Requisitionen und Strafmaßnahmen rigoros vorgingen. Oeffentliche Versammlungen sind untersagt worden. Alle politischen Plakate müssen den Besatzungsbehörden zur Zensur vorgelegt werden. In Kattowitz soll nach einer Meldung der Oberbürgermeister und der Oberst der Sicherheitswehr verhaftet worden sein. Bei den amtlichen Stellen in Berlin ist über die Verhaftungen noch nichts bekannt. Angesichts der großen Lebensmittelnot werden die Requisitionen namentlich von der minderbemittelten Bevölkerung und von den Arbeiterkreisen ganz besonders hart empfunden. So wurde in einer der Hütten der gesamte Bestand an kondensierter Milch von französischen Truppen beschlagnahmt, der dazu bestimmt war, unter die Arbeiterkinder verteilt zu werden. Entgegen den Meldungen der oberschlesischen Presse, daß sich unter den Besatzungstruppen große Kontingente in französischer Uniform gekleideter Polen befänden, haben die darüber angestellten bisherigen Ermittlungen noch kein greifbares Ergebnis gehabt. Allerdings sind in einzelnen Orten Polen in französischer Uniform festgestellt worden, doch behaupten die Franzosen, daß diese lediglich als Dolmetscher tätig seien.

•

Ablehnung eines deutschen Vertreters

+ **Berlin**, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Major Brinkmann, der zum Vertreter Deutschlands bei der interalliierten Kommission für Schlesien bestimmt war und der bereits Mitglied der Waffenstillstandskommission gewesen war, ist von der Entente ohne Begründung abgelehnt worden und mußte sofort abreisen.

Dem Nullpunkt nahe

⊕ **Genf**, 13. Februar. (Eig. Drahtbericht.) An der Pariser Börse ist die offizielle Marknotierung am Mittwoch auf acht französische Centimes, in Lyon auf fünf französische Centimes zurückgegangen. In Genf steht die Mark unverändert auf vier Centimes, doch ist im Genfer Großhandel die Mark überhaupt nicht mehr unterzubringen und die Abschlüsse für Lieferungen aus der Schweiz nach Deutschland in Markwährung sind auf ein Minimum zurückgegangen.

⊕ **Rotterdam**, 13. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der Börsenmitarbeiter des „Manchester Guardian" erfährt, daß die Wiedergutmachungskommission der Alliierten deutsche Noten, die nach dem Waffenstillstand ausgegeben wurden, nicht in Zahlung nehmen werde, da die absolute Wertlosigkeit dieser Noten durch das Fehlen jeder Deckung für die Alliierten erwiesen sei.

Gestundete Zahlungen

⊕ **Paris**, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die spanische Regierung bewilligte der französischen Regierung, daß sie die 4 Milliarden Peseta, die im März zurückgezahlt werden sollten, drei Monate später bezahlt. Die französische Regierung hatte eine Fristverlängerung von einem Jahre erbeten. — Um Frankreichs schwere Währungskrise zu beseitigen, soll die Regierung beabsichtigen, nicht nur das Tabak- und Zündholzmonopol für 25 Jahre gegen 60 Millionen Dollar an ein amerikanisches Konsortium zu verpachten, sondern auch Mozambique, Guadeloup und andere westindische Inseln Amerika zum Ankauf anzubieten.

Die Beratungen in London

+ **Hamburg**, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Programm der Londoner Beratungen umfaßt folgende fünf Punkte:

1. Antwortnote an Holland wegen der Auslieferung des Kaisers.
2. Beratung über Maßnahmen wegen Auslieferung der Deutschen und Antwort auf die deutschen Noten vom 20. und 25. Januar, worin Deutschland erklärte, den Artikel 228 des Versailler Friedens nicht erfüllen zu können.
3. Frieden mit Rußland, und zwar nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch politischer Friede. Beratungen über den Frieden zwischen Polen und Rußland.
4. Beratung über den türkischen Frieden.
5. Lösung der französischen Kohlen- und Valutakrise.

•

Politiker auf der Liste

⊕ **Zürich**, 13. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Eine Pariser Depesche des „Corriere della Sera" meldet, daß in Paris zur Zeit weitere Auslieferungsforderungen an Deutschland festgestellt würden. Man beabsichtige auch, jene deutschen Politiker zur Auslieferung anzufordern, die die deutsche Regierung zur Annexion, zur Deportierung und zur Beschlagnahme französischer Privatwerte, so auch des Erzbergerwerks von Brien, aufgefordert hätten. Vor Mitgliedern der Regierung würde nicht haltgemacht. Der „Corriere della Sera" deutet an, daß Scheidemann und Erzberger auf die neue Auslieferungsliste gesetzt würden.

•

In sechs Wochen

⊕ **Rotterdam**, 13. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Eine Reuter-Depesche meldet: Nach Erklärungen Lloyd Georges beträgt die Frist für Deutschland zur Auslieferung der Kriegsverbrecher höchstens sechs Wochen.

•

Auslieferungskommandos der Alliierten?

⊕ **Rotterdam**, 13. Februar. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail" bringt ein Pariser Telegramm, wonach in Nordfrankreich Detachements als Hilfstrupps für die Auslieferungskommission zusammengestellt werden, die im Falle einer Passivität der deutschen Regierung in der Ueberführung der kündigen Deutschen nach Paris aktiv mitzuwirken haben.

•

Maßnahmen gegen die Flucht nach Holland

⊕ **Rotterdam**, 13. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der „Courant" meldet aus dem Haag: Der Regierung wurde von den Alliierten offiziell mitgeteilt, daß sie den Uebertritt von Deutschen, die von der Entente zur Auslieferung angefordert werden, auf holländisches Staatsgebiet zu verhindern habe. Eine Note der Alliierten an Holland soll unterwegs sein mit der genauen Liste der zur Auslieferung angeforderten Deutschen.

•

„Ein Gefühl des Ekels"

In „Daily News" schreibt der bekannte Militärschriftsteller Generalmajor Sir Frederic Maurice, soweit er habe feststellen können, herrsche unter den britischen Soldaten ein Gefühl des Ekels, daß Männer wie Hindenburg, Ludendorff und Kluck, die ihrem Lande in Ehren und treu gedient haben, auf der Liste der „Kriegsverbrecher" stehen. Das Auslieferungsbegehren habe in Deutschland einen vollständig berechtigten Entrüstungsausbruch zur Folge gehabt. Die Alliierten spielten durch ihre Aktion den Radikalen in Deutschland unmittelbar in die Karten.

•

Zur Note Millerands

⊕ **Zürich**, 13. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der „Secolo" meldet aus Paris: Der Note Millerands an Deutschland haben alle Alliierten zugestimmt. Es ist mit weiteren Noten zu rechnen, so auch in der Auslieferungsfrage.

× **Bern**, 12. Februar. Prof. Rossier stellt in der „Tribune de Lausanne" zu den von Frankreich in Erwägung genommenen militärischen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland fest, daß nach Artikel 370 des Versailler Vertrages lediglich der Völkerbund über etwaige Differenzen zwischen den Vertragsteilnehmern zu entscheiden habe.

•

Der „geheime" Völkerbundsrat

⊕ **Paris**, 13. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der Ausschuß des Völkerbundes hielt gestern in London seine zweite Sitzung ab. Von der französischen und der in Paris erscheinenden amerikanischen Presse wird es übel vermerkt, daß diese Beratungen hinter verschlossenen Türen stattfanden. Erst heute Freitag soll eine öffentliche Sitzung des Völkerbundes abgehalten werden. Ein Vertreter Amerikas nimmt an diesen Beratungen nicht teil. In der Freitagssitzung soll ein Antrag zur Diskussion gestellt werden, einen ständigen internationalen Gerichtshof einzusetzen, der sich mit der Auslieferungsfrage beschäftigen soll. In Pariser politischen Kreisen wird angenommen, daß durch Einsetzung eines internationalen Gerichtshofes die Auslieferungsfrage eine für alle Parteien befriedigende Lösung erfahren werde.

•

Kritik am Friedensvertrag

× **London**, 12. Februar. Bei der Debatte über den liberalen Abänderungsantrag zur Antwortadresse, in dem die Unmöglichkeit der Ausführung verschiedener Bestimmungen des Friedensvertrages hervorgehoben wird, erklärte Maclean unter anderm, für die von Deutschland zu leistenden Wiedergutmachungen solle eine endgültige Summe festgesetzt werden. Die Länge der Liste der Kriegsverbrecher mache das ganze Verfahren praktisch undurchführbar. Wenn das Verfahren in anständiger Weise durchgeführt werden sollte, so würden lange Jahre internationale Gerichtshöfe die Folge sein.

•

Umschwung in England?

Der Pariser Korrespondent der „Basler Nationalzeitung" faßt das Ergebnis der letzigen Londoner Beschlüsse dahin zusammen, man sei sich in Paris durchaus darüber klar, daß nunmehr in London die Brücken zur bisherigen auswärtigen Politik der Entente abgebrochen worden seien.

Das gemeinsame Ziel

Unstimmigkeiten?

Für den 24. Februar ist die deutsche Nationalversammlung einberufen worden. Da dies noch vorheriger Verständigung mit der Regierung geschehen ist, so ist anzunehmen, daß diese glaubt, bis dahin alle Tatsachen zur Auslieferungsfrage zu kennen. Die in der Begleitnote Millerands angekündigte Antwort auf die deutsche Note vom 25. Januar ist noch nicht ergangen. Ihre Abfassung dürfte wohl in London erfolgen, wohin sich außer Millerand auch Nitti begeben hat. Inzwischen trägt die Pariser Presse alle Zeichen einer nervösen Aufgeregtheit zur Schau, die zu echt ist, um nur das Ergebnis eines Spieles mit verteilten Rollen zu sein. Die französische Taktik ist wenigstens eindeutig klar: Sie ist auf die Eroberung der Rheingrenze gestellt, die in Versailles noch nicht erreicht wurde. Weniger durchsichtig ist die Haltung Englands, aber nur scheinbar. Wenn es auch nicht an scharfer Verurteilung der Versailler Politik fehlt. Wenn auch immer mehr gewichtige Stimmen den Friedensvertrag in vielen Einzelheiten als undurchführbar bezeichnen, so liegt doch die Entscheidung noch immer bei der Gruppe um Lloyd George.

Nun hat der Führer der Liberalen im Unterhaus, Sir David Maclean, angekündigt, daß er einen Antrag auf Abänderung des Friedensvertrages einbringen werde und zugleich erklärte er, daß auch der französisch-englisch-amerikanische Vertrag geändert werden müsse. Allein, die Liberalen sind im Unterhaus keine Partei von ausschlaggebender Bedeutung. Die Nachwahlen haben ihnen keinen Zuwachs gebracht, da der Kampf fast immer nur zwischen Arbeiterparteien und Regierungsparteien ausgetragen wurde. Was indessen Lloyd Georges Politik beeinflussen könnte, sind die innerpolitischen Schwierigkeiten sowie das Verhältnis zu Sowjetrußland. So muß es außerordentlich schlimm in Irland stehen, wenn die Thronrede eine bessere Regierung für die grüne Insel ankündigt, das heißt also, daß die bisherige Regierung schlecht war, daß der Abfall soweit fortgeschritten ist, daß er nur durch für England außergewöhnliche Zugeständnisse aufgehalten werden kann. Die russische Politik Lloyd Georges trägt überdies die Spur der Sorge und des Zweifels. Sicher würde die britische Regierung für einen Feldzug gegen Sowjetrußland zu haben sein, wenn nicht die Einbruchstelle in Asien offen wäre, und hier liegt die Ursache der Unstimmigkeiten zwischen England und Frankreich. Während Lloyd George alle Gefahrenzonen des britischen Reiches in Rechnung stellen muß, starrt Frankreich unverwandt auf die Rheingrenze. Lloyd George sieht die bolschewistische Flut über Iran und Turan hinwegspülen, um die Tore Indiens einzudrücken. Dafür haben die Franzosen kein Verständnis, da sie trotz ihres Kolonialreiches nicht vom Festlande loskommen.

Im nationalistischen „Echo de Paris" meint Pertinax, für Frankreich und England, ja für die ganze westliche Zivilisation sei die Wacht am Rhein unerläßlich, um den gemeinsamen Feind im Schach zu halten. Wenn Frankreich den Versuch macht, die Rheinlande über die vertragliche Frist hinaus zu besetzen, so wird es mit dem Widerstand Deutschlands zu rechnen haben. Die Engländer sehen hier weiter. Ihr Haß gegen Deutschland ist noch immer nicht so maßlos, um nicht die Erkenntnis zuzulassen, daß die ewige Brandgefahr in Mittel- und Westeuropa nicht auf ihren Herd beschränkt werden kann. Außerdem haben sie kein wirtschaftliches Interesse daran, Frankreich den Besitz der Rheinlande und vielleicht auch des Ruhrgebietes zu verschaffen. Das Verhältnis zu Frankreich sehen die britischen Imperialisten doch etwas anders, als die französischen Nationalisten sich einbilden. Frankreich verfügt über die reichen Eisenerzvorkommen in Europa, aber nach britischer Auffassung nicht deshalb, um sie an Ort und Stelle zu verhüten, sondern um sie der englischen Eisenindustrie zu liefern. Diese Unstimmigkeiten, die grundsätzlicher, nicht zufälliger Art sind, werden sich allerdings erst nach und nach zu großen Gegensätzen entwickeln. Einstweilen haben wir aber noch mit der Einheitsfront der Verbündeten zu rechnen. Die Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge wird das am besten auswesen.

•

Der oben erwähnte Artikel im „Echo de Paris" ist bezeichnend für die augenblicklich in den nationalistischen Kreisen Frankreichs herrschende Stimmung; wir bringen daher aus ihm folgenden Auszug. Pertinax, der seinen Artikel „Die Revision des Vertrages" betitelt hat, schreibt:

Ein Monat ist kaum seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages von Versailles vergangen, und schon finden sich im alliierten Land — unnötig, zu sprechen von dem germanischen Land — Männer, die eine Revision verlangen. Die Radikalen und die alten Pazifisten des „Manchester Guardian" haben das Signal zu dieser Bewegung gegeben. „Sachverständige" der Finanzen, wie Keynes und Sir George Paish, haben sich hineingemischt. In seinen letzten Wahlreden hat Asquith auch davon gesprochen. Und Lord Robert Cecil stimmt trotz seiner konservativen Etikette in einem offenen Brief mit ihm überein. Gestern im Unterhaus haben Adamson im Namen der Labour Party und Sir David Maclean im Namen der Liberalen allen diesen Gedanken, die in der Luft schwebten, die präzise Form eines Zusatzantrages zu der Antwort auf die Thronrede gegeben. Lloyd George wolle sich nicht verpflichten und habe geglaubt, daß er seine Ansicht über ein so schwieriges Problem nicht aussprechen könne, ohne vorher mit Millerand und Nitti, die heute abend in London sein würden, zu beraten. Aber, um über die Absichten des englischen Premierministers urteilen zu können, sei es gut, daran zu denken, daß er sich in der Zwischenzeit zwischen der Uebermittlung des ersten Exemplars des Friedensvertrages an die Deutschen und der Unterzeichnung dieses Vertrages bemüht habe, einige Abänderungen durchzusetzen, die sachlich eine Revision bedeutet haben würden. Die Erörterungen der letzten Woche zwischen London und Paris sei noch allen gegenwärtig. In dieser Frage müsse der französische Standpunkt unverändert bleiben. Die Verpflichtungen der Deutschen gegen die europäische Gemeinschaft stellten für die Länder, die Opfer des Krieges gewesen seien, ebensoviel Rechte dar. In der Geltendmachung dieser Rechte wären, je nach der Unausführbarkeit einzelner Vertragsbestimmungen Wandlungen möglich, aber ihr Gesamtumfang könne nicht im voraus vermindert werden. Es würde äußerst unklug von den Alliierten sein, die Aussprache wieder zu

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200214/1